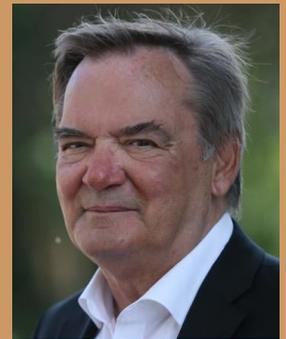


ERSTE LEHRE AUS DER CORONA-KRISE: DEN VIRUS NEOLIBERALISMUS AUSSCHALTEN!

Über Nacht zwingt die Corona-Pandemie auf Distanz gestellte menschliche Miteinander zur digital-video gestützten Kommunikation. Demokratische Rechte sind vorübergehend ausgesetzt. Bisher nicht vorstellbar, in diesem Jahr werden Kundgebungen am 1. Mai ausfallen. Dabei braucht die infizierte Arbeitswelt besonderen Schutz wegen den Jobverlusten, der Kurzarbeit und den Beschäftigten, die in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Notdiensten, an den Ladenkassen aber auch in der öffentlichen Verwaltung am Belastbarkeitslimit arbeiten. Zuvor kerngesunde Unternehmen droht mangels Zahlungsfähigkeit die Pleite. Krisenopfer sind auch die lokal verankerten Kleinunternehmen. Solo- und Scheinselbständige auch in der Kultur- und Kreativszene stehen vor dem Verlust ihrer finanziellen Basis.



Prof. Dr. Rudolf Hinkel
Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

Ein Plan B für das Regime des Covid-19-Virus gibt es nicht. Jetzt braucht die Gesellschaft das, was ihr die neoliberale Profitorientierung und Egozentriertheit zu entziehen versucht hat: Solidarität! Am Anfang der Solidarität steht viel Verständnis für die massiven Restriktionen mit dem einen Ziel, die Infektion zu verlangsamen und sie damit medizinisch beherrschbar zu machen. Allerdings muss Politik vertrauensvoll den Dialog über die Szenarien zum schrittweisen Ausstieg führen. Zur Vertrauensbildung gehören die staatlichen Schutzschirme, mit denen unverschuldete Einkommensverluste abzufedern sind. Dabei ist soziales Augenmaß erforderlich. Denn durch diese Corona-Krise wird die bisherige soziale Spaltung der Gesellschaft verschärft. Erinnert sei an die Obdachlosen ohne Quarantäne-Rückzugsraum, an die beengt wohnenden Familien, aber auch an die sozial schwachen Studierenden ohne Nebenjob.

Was der „Tag der Arbeit“ will, gilt jetzt besonders: Solidarität gegen den profitwirtschaftlich. Individuellen Eigennutz. Der schon lange vor der Corona-Krise zerstörerisch wirkende Infektionssumpf Neoliberalismus muss trockengelegt werden. Eine der ersten Lehren: Das Gesundheitssystem funktioniert nur als öffentlich gesicherte Infrastruktur. Betten statt Profit ist die Botschaft. Immerhin hat die Politik im Bund und in den Ländern unter der akuten Not viele neoliberale Tabus gebrochen: Anstatt „Schuldenbremse“ werden die medizinischen, familiären, sozialen und ökonomischen Schutzschirme per öffentlicher Kreditaufnahme in Billionenhöhe finanziert. Aber Solidarität ist auch verlangt, wenn später die Finanzierungslasten zu bezahlen sind. Jetzt muss Politik garantieren, dass die Rechnung nicht mit Sozialabbau und erhöhten Massensteuern beglichen wird. Die Vorschläge zu einer einmaligen Vermögensabgabe aus der Kasse der Spitzenvermögenden für einen 30 Jahre laufenden Lastenausgleichsfonds zielen in die sozial-verantwortbare Richtung. Was die aktuelle Krise kreiert, sollte nachhaltig verstetigt werden: Nur eine zur Solidarität fähige Gesellschaft ist überlebens- und zukunftsfähig. Dazu gehört ein demokratisch fundierter, fiskalisch handlungsfähige, sozial ausgerichteter Staat für die Daseins- und Zukunftsvorsorge.



„Die Corona-Krise hat die Wirtschaft und damit auch den Arbeitsmarkt fest im Griff - Schätzungen zufolge gehen mindestens zweieinhalb Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Wir brauchen einen Rettungsschirm für Arbeitnehmer*innen – notwendig ist zumindest die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes. Das reiche Deutschland ist Schlusslicht unter den europäischen Ländern mit vergleichbaren Regelungen.“

Elke Heyduck
Arbeitnehmerkammer

Mit Anstand Abstand halten: „Solidarisch ist man nicht alleine“



Jetzt Mitglied werden: www.dgb.de/service/mitglied-werden